

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Georg Schwarzenberger
Zur Neuverteilung politischer
Macht in der heutigen Welt

Ferdinand Friedensburg
Kulturelle Voraussetzungen
wirtschaftlichen Wachstums

Pietro Quaroni
Möglichkeiten und Grenzen der
internationalen Verständigung

B 22/65
2. Juni 1965

Georg Schwarzenberger, Ph. D., Dr. phil., geb. 1908, in Tübingen 1930 promoviert, seit 1943 Direktor des London Institute of World Affairs, Professor für Internationales Recht an der Universität London seit 1962.

Veröffentlichungen u. a.: Das Völkerbundsmandat für Palästina, 1929; Die Verfassung der spanischen Republik, 1933; The League of Nations and World Order, 1936; Making Internat. Law Work (zus. m. G. W. Keeton), 1946²; Power Politics, 1957³; The Legality of Nuclear Weapons, 1958 (deutsche Übers. 1958); The Frontiers of Internat. Law, 1962.

Ferdinand Friedensburg, Dr. phil., Dr. jur. h. c., Honorar-Professor an der Technischen Universität Berlin, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Bürgermeister a. D., geb. 17. 11. 1886 in Schweidnitz/Schles., 1914 Bergassessor, 1925—1927 Polizeivizepräsident von Berlin, 1927—1933 Regierungspräsident in Kassel, 1935 Gestapohaft, 1946—1951 Bürgermeister von Groß-Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die Bergwirtschaft der Erde, 1956⁵; Gold, 1953²; Die Weimarer Republik, 1946 u. 1947; Berlin — Schicksal und Aufgabe, 1953.

Pietro Quaroni, Dr. jur., geb. 3. Oktober 1898 in Rom. Von 1920 bis 1964 im italienischen diplomatischen Dienst, u. a. in Istanbul, Moskau und Kabul, 1943 Botschafter in Moskau, 1947 in Paris, 1958 in Bonn, 1961 in London. Seit August 1964 Präsident des Italienischen Rundfunks und Fernsehens.

Veröffentlichungen u. a.: Diplomaten unter sich. Erinnerungen eines Botschafters, Frankfurt 1954; Diplomatengepäck, Frankfurt 1956; Die Stunde Europas, Frankfurt 1959; Politische Probleme der Gegenwart, Bonn 1960.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 341251, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und
Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage
zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zur Neuverteilung politischer Macht in der heutigen Welt

Die Funkuniversität von RIAS Berlin bringt zur Zeit eine aus 25 Vorträgen bestehende Sendereihe unter dem Titel „Sozialer Wandel und Machtkonkurrenz in vorindustriellen Gesellschaften“, die exakte Informationen über soziale und kulturelle, ökonomische und politische Gegebenheiten und Probleme jener sehr differenzierten Welt, die man gewöhnlich summarisch als Entwicklungsländer bezeichnet, vermitteln will. Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Funkuniversität drucken wir zwei der einführenden Vorträge ab, und zwar die von Professor Schwarzenberger und Professor Friedensburg über die grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen seit dem Zweiten Weltkrieg. In einer der nächsten Ausgaben folgen einige Beiträge zur Situation in Lateinamerika. — Den dritten Artikel dieser Ausgabe stellte Botschafter Quaroni zur Verfügung.

Das Problem der Verteilung — und Neuverteilung — politischer Macht in der heutigen Welt kann in vier Stichworte zusammengefaßt werden: Konzentration, Atomisierung, Neutralisierung und Sublimierung der Macht in der Weltgesellschaft unserer Zeit.

Zunächst aber ist es nötig, drei wichtige und für das Problem zentrale Begriffe zu klären: Macht, Weltgesellschaft und Machtpolitik.

1. Macht

Macht steht in der Mitte zwischen Einfluß und Gewalt. Jede dieser Verhaltensweisen ist typisch für einen bestimmten sozialen Zusammenhang. Macht unterscheidet sich von Einfluß dadurch, daß hinter ihr die Drohung mit äußerem Druck steht. Im Gegensatz zur Gewalt versucht Macht ihre Ziele vorzugsweise ohne Anwendung physischer Zwangsmaßnahmen durchzusetzen. Macht kann daher definiert werden als die Fähigkeit, anderen den eigenen Willen aufzuzwingen, wobei man sich auf wirksame Sanktionen verläßt, sollte die andere Seite sich unnachgiebig zeigen. Es hängt ganz von den Umständen ab, welche der drei Formen der Macht — ihre politische, wirtschaftliche oder militärische Seite — in einer Machtprobe eingesetzt werden.

2. Weltgesellschaft

Weltpolitik wird in einer internationalen Gesellschaft getrieben, d. h. in einem sozialen Zusammenhang, innerhalb dem die Mitglieder dazu tendieren, ihre Eigeninteressen für wichtiger zu halten als die der Gesamtheit. Mehr als innerhalb eines Gemeinwesens bestimmen nicht rechtliche oder moralische Er-

wägungen, sondern bestimmt Macht das Verhalten der Mitglieder der internationalen Gesellschaft, vor allem der souveränen Staaten, Kleinstaaten, mittleren Mächte und Weltmächte, die im Vergleich zu Institutionen wie Kirchen oder ideologischen, humanistischen und anderen internationalen Verbänden die stärksten Mitglieder der Weltgesellschaft sind. Hinsichtlich aller Beziehungen zwischen den Weltmächten sind die internationalen Teilsellschaften früherer Perioden zu einer einheitlichen Weltgesellschaft zusammengewachsen.

3. Machtpolitik

Dieser Begriff kennzeichnet ein System zwischenstaatlicher Beziehungen, für das bestimmte Verhaltensweisen typisch sind: Rüstung, Anwendung diplomatischer und wirtschaftlicher Druckmittel, regional begrenzter oder universeller Imperialismus, Bündnissysteme,

INHALT

Georg Schwarzenberger: Zur Neuverteilung politischer Macht in der heutigen Welt	Seite 3
Ferdinand Friedensburg: Kulturelle Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in der zweiten Jahrhunderthälfte	Seite 8
Pietro Quaroni: Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Verständigung	Seite 13

Gleichgewichtssysteme, Neutralismus und Krieg. In einem solchen System der Machtpolitik ist die Bedeutung von Recht und Moral begrenzt. Innerhalb der internationalen Rang-

ordnung hängt der Platz einer Gruppe von ihrem Gewicht im Falle eines möglichen oder tatsächlichen Konflikts ab.

Verschleierte Machtpolitik bedeutet die Fortsetzung der Machtpolitik mit anderen Mitteln. Ideologien und Organe internationaler und übernationaler Institutionen werden zur Sicherung und zum Ausbau von Sonderinteressen, wie z. B. der Hegemonialstellung der Weltmächte, benutzt. Diese Variante der Machtpolitik findet man vor allem in internationa-

len Gesellschaften, die in Staatenbünden wie dem Völkerbund und den Vereinten Nationen organisiert sind.

Auf der Basis dieser Begriffsbestimmungen wird es einfacher sein, das komplizierte Problem der Machtverteilung — und Neuverteilung — in der Weltgesellschaft der Gegenwart zu behandeln. Kommen wir zurück auf die vier eingangs erwähnten Stichworte: die Konzentration, Atomisierung, Neutralisierung und Sublimierung der Macht.

I. Die Konzentration der Macht

Trotz der Zunahme der Gesamtzahl souveräner Staaten auf die Rekordsumme von über einhundertzwanzig tendiert die Weltgesellschaft zu fortschreitender Konzentration der Macht in den Händen einer abnehmenden Anzahl von Weltmächten.

Im neunzehnten Jahrhundert bestimmten fünf europäische Mächte — Großbritannien, Frankreich, Preußen (später Deutschland), Österreich-Ungarn und Rußland — die Geschicke Europas und seiner kolonialen Hinterländer und Überseegebiete. Am Ende des Ersten Weltkrieges waren drei dieser europäischen Großmächte aus dem Rennen ausgeschieden. Die europäische Pentarchie wurde durch vier Weltmächte, darunter zum erstenmal eine nicht-weiße Macht, ersetzt: die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich und Japan. Am Ende des Zweiten Weltkrieges blieben nur noch drei Weltmächte übrig: die Vereinigten Staaten von Amerika, die Sowjetunion und Großbritannien — oder besser: das britische Commonwealth of Nations. Gegenwärtig befinden sich wohl nur noch die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion in dieser Kategorie.

Was ist, verglichen mit Kleinstaaten oder Mittelmächten, das besondere Merkmal einer Groß- oder Weltmacht?

Man neigt dazu, den Status einer solchen Macht mit Hilfe eines einzigen Kennzeichens zu bestimmen. Unterscheidungsmerkmale wie Gebietsumfang, Bevölkerungszahl, der innere Zusammenhalt eines Staates oder die Größe seines Wirtschaftspotentials sind in manchen Fällen zutreffend. Dabei drängen sich jedoch ständig Gegenbeispiele auf, nach denen ein Staat, obgleich das eine oder andere wesentliche Merkmal vorliegt, dennoch keine Großmacht ist.

Letztlich ist das entscheidende Kriterium einer Großmacht deren militärische Stärke im weitesten Sinne — einschließlich der See- und Luftstreitkräfte sowie der Fernlenkwaffen. In Verbindung mit diesem Faktor gewinnen alle anderen Merkmale, einschließlich Ideologien und wissenschaftlicher Errungenschaften, neue Bedeutung. Sie sind alle für die Bemessung des Kriegspotentials eines Staates wichtig. Aber selbst von diesem Kriegspotential hängt es nicht allein ab, ob ein Staat eine Weltmacht ist. Es muß außerdem glaubwürdig sein, daß ein solcher Staat in bestimmten Situationen von seinem Kriegspotential wirklich Gebrauch macht.

Als Mussolini seinen Krieg mit Äthiopien vom Zaune brach, glaubte er so wenig wie Hitler bei seinem Einmarsch in Österreich und in die Tschechoslowakei daran, daß Großbritannien und Frankreich zu mehr bereit wären als zu Protesten und — im Falle Äthiopiens — zur Anwendung von Wirtschaftssanktionen auf dem Wege über den Völkerbund. Als im Jahre 1948 die Westmächte die Luftbrücke nach Berlin organisierten, war sich Stalin darüber klar, daß ein Angriff auf die anglo-amerikanischen Luftflotten den dritten Weltkrieg bedeuten würde. Als 1956 die Interventionsmächte in Ägypten sich gleichzeitig der Mißbilligung der Vereinigten Staaten und den Drohungen der Sowjetunion ausgesetzt sahen, die vielleicht ernst gemeint waren, hielten sie es für ratsam, es nicht auf die Probe ankommen zu lassen, sondern ihre Expedition schleunigst abubrechen. Als im Jahre 1962 die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion erkannten, daß die Kuba-Situation einen Punkt erreichen könnte, an dem die andere Seite eher nuklearen Selbstmord begehen als weiter nachgeben würde, zogen sich die beiden Welt-

mächte noch gerade rechtzeitig vom Weltabgrund zurück.

Jede dieser Krisen erklärt, warum Großbritannien allein nicht mehr und das Britische Commonwealth nur noch bedingt eine Weltmacht darstellen.

Bei dem gegenwärtigen Stand eines Wettrüstens von kosmischem Ausmaß gelten als Weltmächte nur noch Staaten, welche die folgenden Bedingungen erfüllen: sie müssen über das Potential eines nuklearen Krieges verfügen und die Kraft haben, nicht nur einen nuklearen Angriff zu überstehen — wie groß auch immer die Opfer sein mögen —, sondern nachher ihrerseits zu einem nuklearen Gegenschlag von mindestens derselben Stärke auszuholen zu können.

Großbritannien verfügt z. Zt. noch über Luftstreitkräfte und Raketen für einen nuklearen Gegenschlag. Ob es in absehbarer Zeit noch dazu in der Lage sein wird, ist zweifelhaft. Obwohl Großbritannien selbst nicht mehr imstande sein würde, einen nuklearen Angriff zu überstehen, sind andere Teile des britischen Commonwealth in der westlichen Hemisphäre und dem pazifischen Raum hierzu in der Lage.

Um die Bedeutung der Zunahme der Zahl souveräner Staaten seit 1945 auf über 120 für die Verteilung der Macht in der gegenwärtigen Weltgesellschaft zu erfassen, lohnt es sich, politische Landkarten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vor den napoleonischen Flurbereinigungen oder von Italien vor 1860 anzusehen. Ebenso lehrreich ist die Geschichte Lateinamerikas seit dem Zerfall der spanischen und portugiesischen Kolonialreiche auf dem amerikanischen Kontinent oder die Entwicklung im Balkan seit dem Absterben des Ottomanischen Reiches, die unter dem Namen „Balkanisierung“ die mit Kleinstaatelei verbundene Gefahr dauernder Klein- und Großkriege sprichwörtlich gemacht hat.

Wenn man Kolonialismus als direkte — und Imperialismus als indirekte — Formen der Beherrschung anderer Völker bezeichnet, so hat die Liquidierung der niederländischen, französischen und britischen Kolonialreiche entscheidend zur Schaffung einer Vielzahl von Staaten beigetragen, die nach dem Wortlaut der Satzung der Vereinten Nationen gleich und souverän sind.

Unter diesen Umständen ist die Weltorganisation des britischen Commonwealth immer noch eine nukleare Weltmacht.

Verglichen mit dem Kriegspotential der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion ist das des britischen Commonwealth so gering, daß es trotzdem wohl berechtigt ist auf dieser letztlich militärisch-strategischen Ebene von einer Reduktion der Mächte auf zwei Übermächte zu sprechen.

Unter diesem Gesichtspunkt bedeuten die Atomversuche Chinas und Frankreichs nur wenig, solange diese Mächte nicht über die Mittel verfügen, ihre nuklearen Waffen wirksam an entscheidende Feindziele bringen zu können. Die Versuche dieser mittleren Mächte, sich von ihren Hegemonialmächten zu emanzipieren, sind jedoch von politischer Bedeutung. Dies wird später in einem anderen Zusammenhang behandelt werden. In Grenzfällen, wie 1962 in der Kubakrise, wurde es jedoch klar, daß China und Frankreich so unwichtig waren wie alle anderen mittleren Mächte und Kleinstaaten. Die Entscheidung über Krieg und Frieden hing an zwei Männern: Kennedy und Chruschtschow.

II. Die Atomisierung der Macht

Dies bedeutet jedoch nicht, daß solche Staaten wirtschaftlich oder militärisch auch nur relativ unabhängig sind. Selbst die fortgeschrittensten unter ihnen, wie Indien, sind auf unabsehbare Zeit auf wirtschaftliche und militärische Entwicklungshilfe angewiesen. Das Defizit in den Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer wird bis zum Jahre 1970 auf beträchtliche Summen anwachsen; die Schätzungen schwanken zwischen 10 und 20 Milliarden Dollar.

Angesichts ihrer Bevölkerungen, die in geometrischer Progression zu wachsen scheinen, haben solche Länder wenig Chancen, selbst auf der Entwicklungsstufe zu bleiben, die sie zur Zeit der Beendigung des Kolonialregimes erreicht hatten. So sind diese Länder — vor allem solche, die, wie Indien oder die unter westlichem Einfluß stehenden Staaten Süd-Ost-Asiens und die meisten lateinamerikanischen Länder, noch vor einschneidenden Landreformen stehen — ideale Objekte primitiver national-revolutionärer Propaganda nach sowjetischem und chinesischem Muster. Die in den Führungsschichten dieser Länder

weitverbreitete Korruption trägt noch weiter dazu bei, daß diese Regierungssysteme in Verruf gebracht und daß die junge Generation, vor allem Schüler und Studenten, für nicht immer durchsichtige revolutionäre Bewegungen gewonnen werden können.

Selbst in jenen Entwicklungsländern, die mit Sorge die an chronische Anarchie grenzende Situation im Kongo (Léopoldville) betrachten, ist man in hohem Maße der Versuchung ausgesetzt, auf der Basis konkurrierender Entwicklungshilfe für sich selbst parasitäre Existenzen zu schaffen. So hat z. B. seit 1958 Ägypten 1 500 Millionen Dollar von den Vereinigten Staaten und 800 Millionen Dollar von der Sowjetunion erhalten.

Machtpolitisch gesehen sind solche Entwicklungsstaaten Objekte, um die die Übermächte und ihre Blöcke mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln ringen. Auf dieser Ebene sind die „jungen Nationen“ kaum neue und aktive Träger politischer Willensbildung, sondern stellen eine Vielzahl von neuen Herden politischer Unsicherheit dar. Gelegentlich bleibt es nicht dabei; außenstehende Staaten — die eine oder andere Weltmacht, einer ihrer Verbündeten oder andere neutralistische Mächte — versuchen durch Agenten, Waffenlieferungen und sogenannte militärische Berater das politische Gleichgewicht durch Bürgerkrieg oder einen Staatsstreich zu ihren Gunsten zu verändern. Algeriens Politik im Kongo, die

chinesische „Beratung“ Sansibars und die amerikanische Kontrolle Süd-Vietnams gehören in diese Kategorie.

In stabileren Ländern, in denen diese Formen eines neuen Imperialismus psychologisch auf zu großen Widerstand stoßen würden — vor allem innerhalb der Weltblöcke —, ist die Machtausübung der führenden Macht auf ein diskretes Minimum beschränkt und drückt sich in den klassischen Formen der Hegemonie aus. Solange Verbündete so handeln, wie es von ihnen erwartet wird, sind die Beziehungen zwischen ihnen und ihrer Vormacht auf den Grundsätzen der Gleichheit und unerschütterlichen Freundschaft aufgebaut. Wenn ein Bundesgenosse aber zu unabhängig wird, muß er damit rechnen, auf Vergünstigungen verzichten zu müssen oder Druck von jener Art ausgesetzt zu sein, der z. B. Jugoslawien dazu veranlaßte, auf jede Gefahr hin aus dem russischen Block auszuscheiden. Als Ungarn im Jahre 1956 dasselbe versuchte, machten sowjetische Panzer diesen Sezessionsversuchen ein blutiges Ende.

Es wäre jedoch einseitig, die Vermehrung der kleinen und mittleren Mächte seit 1945 nur unter dem Gesichtspunkt der Atomisierung der Macht zu sehen. Schon das jugoslawische Beispiel zeigt, daß eine solche Analyse der Ergänzung bedarf. Diese liegt in den dritten und vierten Aspekten unseres Problems: der Neutralisierung der Macht innerhalb der gegenwärtigen Weltgesellschaft.

III. Die Neutralisierung und Sublimierung der Macht

Solange es bei dem nuklearen Gleichgewichtszustand zwischen den Weltmächten bleibt und die Gefahr ihrer gemeinsamen Vernichtung besteht, können die Supermächte einen Krieg miteinander nicht mehr als rationale Taktik internationaler Beziehungen betrachten.

In dieser Situation ist es für Kleinstaaten und Mittelmächte leichter als früher, sich als selbständige Machtzentren zu gebärden. Ähnlich wie es in vornuklearen Zeiten Staaten gab, die das Zünglein an der Waage eines internationalen Gleichgewichtszustandes bildeten, sind heute solche autonomen und neutralistischen Formen der Außenpolitik durch den nuklearen Gleichgewichtszustand bedingt und eines seiner Resultate. Die Reaktion der Sowjetunion im Jahre 1956 gegenüber Polen und Ungarn und die der Vereinigten Staaten ge-

genüber Guatemala im Jahre 1954 und die von ihnen unterstützte Landung in der Schweinebucht in Kuba im Jahre 1961 beweisen jedoch, daß die beiden Hegemonialmächte wenig Neigung haben, ihren Bundesgenossen oder Satelliten unbegrenzte Entscheidungsfreiheit zu gewähren, wenn deren unabhängige Politik den nuklearen Gleichgewichtszustand erschüttern könnte. Die scheinbare Ausnahme von dieser Regel war Jugoslawien. Tito vertraute darauf — und die Tatsachen gaben ihm recht —, daß Stalin bei offenem Einmarsch in Jugoslawien mit einer westlichen Gegenoffensive und offenem Krieg zwischen den Westmächten und der Sowjetunion und ihren Bundesgenossen rechnen mußte.

In einem Zwischengebiet, das sich gegenwärtig von Afrika und dem Nahen Osten über

den Mittleren Osten und Indien bis nach Südostasien erstreckt, sind die Weltmächte und ihre Verbündeten toleranter. Die gespaltenen Staaten von Vietnam und Korea — wie auch die Grenzpfähle zwischen West- und Ost-Deutschland und die Berliner Mauer — sind jedoch Warnungszeichen dafür, daß es Grenzgebiete zwischen den beiden Weltlagern gibt, in denen beide Seiten verbündete Teilstaaten geeinten neutralistischen Staaten vorziehen.

Selbst innerhalb der beiden Weltblöcke hat der nukleare Gleichgewichtszustand dazu geführt, daß sich die Beziehungen zwischen verbündeten Nationen lockern und daß Mittelmächte wie China und Japan es sich in begrenztem Umfang leisten können, den Hegemonialansprüchen ihrer Übermächte zu trotzen. Selbst Kleinstaaten wie Rumänien und Albanien konnten sich erlauben, in dem sowjetisch-chinesischen Streit aus der Reihe zu tanzen. Es bedarf dann solcher Krisen wie der von Suez 1956, der kubanischen von 1962 oder des indisch-chinesischen Grenzkrieges, um jenen Mächten die Schranken ihrer formellen Gleichheit und Unabhängigkeit nachdrücklich klarzumachen.

Auf Ebenen, auf denen alle Beteiligten der Innehaltung rationaler Spielregeln zugestimmt haben — wie in den Vereinten Nationen oder deren Spezialorganisationen —, nehmen die Möglichkeiten für Mittelmächte und Kleinstaaten, eine gegenüber den Weltmächten unabhängige Politik einzuschlagen, bedeutend zu. Wenn etwa, wie in der Vollversammlung der Vereinten Nationen, keiner der Weltblöcke ohne die neutralistischen Mitglieder eine Zweidrittel-Mehrheit für wichtige Entscheidungen oder Empfehlungen erzielen kann, ist eine Situation geschaffen, in der auf Seiten der Weltmächte Macht zu Einfluß sublimiert ist und beide Übermächte sich bemühen müssen, schwankende Mehrheiten auf ihre Seite herüberzuziehen.

Solange die Weltmächte Fragen auf diesem Niveau behandeln, geben sie neutralistischen Staaten und den Vereinten Nationen die Chance, wirkliche Träger aktiver Politik — und damit positive Machtfaktoren in den internationalen Beziehungen — zu werden.

Wie lange ein solcher Zustand fortbesteht — z. B. die Verantwortung der Vereinten Nationen für die Liquidation der Suez-Intervention oder die vorübergehende Füllung des politischen Vakuums im Kongo —, hängt jedoch schließlich wieder von den Weltmächten ab. Sie müssen den Hauptteil der Kosten solcher aktivistischen Kollektivpolitik tragen. Ob sie beide dazu bereit sind, diese Verantwortung zu übernehmen oder ob sie es vorziehen, auch diese Frage als einen Streitpunkt zu behandeln, ist im Augenblick die Schicksalsfrage der Vereinten Nationen.

Die konstruktiven Möglichkeiten einer positiven Lösung dieses — oberflächlich gesehen — finanziellen Problems sind bedeutend. Eine Lösung, die sowohl die Sowjetunion — und Frankreich — als auch die Vereinigten Staaten befriedigen würde, könnte die Weltmächte zu weiteren — und wichtigeren — Kompromissen auf der Basis der Gegenseitigkeit ermutigen. Wenn es gelänge, die beiden Antipoden zu einer solchen Politik weitgehender Selbstneutralisierung zu erziehen, könnte eine derart künstliche, aber gewollte Machtverlagerung auf die neutralistischen Staaten und die Vereinten Nationen den Ansatzpunkt zu einer hoffnungsvolleren Entwicklung darstellen, als es die Polarisierung der Macht in der gegenwärtigen Weltgesellschaft ist: nämlich den Anfang der Transformation dieser Weltgesellschaft in eine Weltgesellschaft, in der auf den Gebieten, auf denen es am meisten darauf ankommt, Macht nicht mehr Recht ist, sondern die Macht des Rechts und der Vernunft die entscheidenden Faktoren sind.

Kulturelle Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in der zweiten Jahrhunderthälfte

Das Wachstum ist das auffälligste und wichtigste Merkmal der Wirtschaftsentwicklung in unserer Zeit. Das gilt seit dem Ende des letzten Krieges für die Bundesrepublik, aber auch für fast alle Länder, und gilt mit einer erstaunlichen Regelmäßigkeit für nun schon zwanzig Jahre. Dieses Wachstum vollzieht sich vor allem in der Menge der erzeugten Güter, aber auch im Umfang der geleisteten Dienste und nicht zuletzt in der Qualität dieser Güter und Dienste.

Wir haben hier ein charakteristisches Phänomen unserer Gegenwart vor uns. Gewiß haben sich die Menschen auch in früheren Jahrhunderten bemüht, die Produktion von Wirtschaftsgütern immer mehr zu steigern und immer neue Gebiete der Erde in den Austausch einzubeziehen. Aber erst das um die Mitte des vorigen Jahrhunderts einsetzende Maschinenzeitalter hat die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dieses Streben systematisch und mit einem bisher kaum vorstellbaren Erfolge zu verwirklichen, und erst die allerjüngste Zeit, das heißt die Zeit nach dem letzten Kriege, hat eine wahrhaft stürmische Beschleunigung dieser Fortschritte herbeigeführt. Wir können die geradezu sensationelle Entwicklung an einem besonders typischen Beispiel, der Erzeugung von Eisen, mit Zahlen nachweisen. Die Eisenproduktion der Welt hat in den 25 Jahren zwischen 1913 und 1938 um 7 % zugenommen, in den folgenden 25 Jahren aber, 1938—1963, um 226 %; sie ist also jetzt auf mehr als das Dreifache gestiegen. Mögen die Ergebnisse dieses erstaunlichen Fortschritts den einzelnen Ländern nur ungleichmäßig zugute kommen, mag auch innerhalb der einzelnen Länder der Anteil der Menschen am Wachstum der Produktion und des Verbrauchs mehr oder weniger große Unterschiede aufweisen — die Tatsache dieses Wachstums ist unbestreitbar und hebt die Gegenwart völlig heraus aus allen früheren Epochen der Menschheitsgeschichte. Die Fortschritte im Kampf gegen Hunger und Not, in der Überwindung der Entfernungen durch Verkehrs- und Nachrichtenmittel, in der Verfügbarkeit über die vielfältigsten und stärksten

mechanischen Hilfen, im Unabhängigwerden von Hitze und Kälte, um nur die wichtigsten Merkmale dieser Entwicklung zu nennen, würden bei uns auch den vom Glück nicht begünstigten Zeitgenossen zögern lassen, mit einem reichen Bürger Athens zur Zeit des Perikles, ja selbst noch mit einem reichen Mitbürger Goethes in Weimar zu tauschen.

Das erstaunliche Wachstum der wirtschaftlichen Leistung in quantitativer und qualitativer Hinsicht erscheint uns heute als ein unabdingbares Merkmal unseres öffentlichen und privaten Lebens. Nicht nur in den kommunistischen Ländern, wo das Wachstum geradezu zum Staatsprinzip erhoben worden ist und in immer neu festgesetzten Sollziffern gesetzlich vorgeschrieben wird, sondern auch in den Ländern mit freiheitlicher Wirtschaft haben sich auch die Menschen, die außerhalb des wirtschaftlichen Produktionsprozesses stehen, daran gewöhnt, die Steigerung von Produktion und Verbrauch nicht nur als Phänomen hinzunehmen, sondern als selbstverständliche Aufgabe von Staat und Wirtschaft aufzufassen.

Dem Menschen unserer Tage erscheint zweckfreies wissenschaftliches Forschen, zweckfreies Suchen nach Erkenntnis von vornherein weltfremd und unreal. Alles Denken und Tun richtet sich wie ganz selbstverständlich auf die ständige Steigerung von Leistungen, von der die Möglichkeit abhängt, der ständigen Steigerung der Ansprüche nachzukommen.

Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Welcher neue Geist hat die Menschen erfaßt, daß sie das ihnen doch so stark eigene Beharrungsvermögen und Beharrungsdenken, das viele Jahrhunderte hindurch charakteristische Streben des Sohnes, es ebenso zu machen wie Vater oder Großvater, immer mehr über Bord werfen und auf breiter Front, ja, man kann wohl sagen, so gut wie einmütig der Losung huldigen, immer mehr zu leisten, natürlich auch immer mehr zu verbrauchen, immer schneller und immer weiter zu reisen, immer besser zu wohnen, sich immer hochwertiger zu kleiden und zu ernähren, sich immer rascher und

immer vielseitiger zu unterrichten und zu unterhalten. Handelt es sich hierbei lediglich oder im wesentlichen um die praktische Folge der technisch-wissenschaftlichen Fortschritte, denen der Mensch vielleicht zögernd, manchmal auch unter Irrtümern und Mißverständnissen, aber dann doch eben willig und freudig folgt, oder haben wir es mit einer geistig-moralischen Revolution zu tun, wie sie die unerhörte Verwandlung des Weltbildes anzudeuten scheint?

Sicherlich wird man ein so bedeutsames Phänomen wie das wirtschaftliche Wachstum in unserer Zeit nicht auf isolierte Einzelkräfte zurückführen dürfen. Wenn irgendwo, so bedingen sich gerade in diesem Wachstum praktische Erfordernisse und geistig-moralische Kräfte in gegenseitiger Abhängigkeit. Allein das Wachstum der Erdbevölkerung, das vor allem den medizinischen Fortschritten, aber auch der Besserung der Lebenshaltung zu verdanken ist, verlangt eine ständige Vermehrung der Güterproduktion, und die damit im Gefolge stehende Hebung der Lebensbedingungen läßt wiederum das Bevölkerungswachstum anhalten, ja sich sogar in vielen Ländern immer noch steigern. Aber die Weltbevölkerung vermehrt sich im Durchschnitt um jährlich 2%, während die Güterproduktion der Erde jährlich um 5% zunimmt.

Die mechanische Betrachtungsweise reicht jedenfalls nicht aus, um die Frage zu beantworten, die wir uns gestellt haben, die Frage, ob sich in dem großartigen wirtschaftlichen Wachstum auch die Wirksamkeit geistiger und moralischer Kräfte geltend macht und worin diese Kräfte bestehen. Wir sehen ja, daß bei steigendem Wohlstand auch die Ansprüche nach Ruhe und Erholung steigen. Der moderne Mensch möchte gewiß besser leben, aber dieses Ziel mit immer weniger Arbeit erreichen, also doch in möglichst großem Maße zu dem alten Ideal des geruhsamen Lebens zurückkehren. Die großen Religionen, die ja immer noch das Denken wesentlicher Teile des Menschengeschlechtes beherrschen, tragen fast durchweg quietistische Züge, das heißt, sie schreiben keine fieberhafte Arbeitsleistung, keinen Aufstieg zu immer günstigeren Lebensverhältnissen, keine Eroberung der Erdoberfläche oder gar des Weltraumes vor; in gewissem Sinne richtet sich der Sinn der großen Religionen geradezu auf das Gegenteil. Die Wissenschaften ihrerseits mühen sich in vielen wesentlichen Bezirken, zweckfrei zu arbeiten, also nicht irgendeinem konkreten Erfolgstreben zu dienen. Daß man ihre Ergebnisse

im Sinne eines solchen Erfolgstrebens auswerten kann, wird hingenommen, aber nicht als entscheidende wissenschaftliche Aufgabe angesehen. Und fragt man den einzelnen Menschen, so wird die große Mehrzahl sicherlich geneigt sein zwar zuzugeben, daß sie es künftig besser haben möchten, aber doch die ständige Steigerung von Leistung und Verbrauch schwerlich als bewußtes Lebensprinzip betrachten. Die Bewertung der Arbeit als Erfüllung einer sittlichen Pflicht schlechthin, als Verwirklichung einer fast religiös aufgefaßten Aufgabe, wie sie uns in der älteren Generation noch vor Augen gestanden hat, gilt heute doch nur noch in Ausnahmefällen.

Ist also die Wirtschaft nur unser Schicksal, wie es Walther Rathenau einmal in Abwandlung eines Wortes von Napoleon ausgesprochen hat? Vollzieht sich jene gewaltige Wandlung außerhalb unseres eigenen Bewußtseins und laufen wir nur mühsam mit einer Entwicklung mit, die uns zwar zugute kommt, die aber nicht das Ergebnis unserer eigenen geistigen und moralischen Überlegungen und Anstrengungen ist? Handelt es sich wirklich um ein Wirtschaftswunder, ein Geschehen, das sich außerhalb unseres Wollens und Planens vollzieht?

Ich glaube das nicht! Soviel praktische Erfordernisse das Bevölkerungswachstum mit sich bringt, soviel praktische Möglichkeiten die technischen Fortschritte eröffnen, alles das wird durchdrungen und letzten Endes angetrieben von einer neuen inneren Haltung des wirtschaftenden Menschen.

Diese gewandelte Haltung des wirtschaftenden Menschen hängt allerdings auf das engste mit dem gewandelten Weltbild, insbesondere eben mit den technischen Fortschritten zusammen. Es ist nicht so, daß diese Fortschritte unsere kulturellen und sozialen Auffassungen einseitig bestimmen, sondern es liegt hier eine Wechselwirkung vor, bei der das eine nicht ohne das andere denkbar ist. Durch den geistigen Umbruch, der sich in Renaissance und Reformation ausgangs des Mittelalters angedeutet hat, sind geistige Kräfte freigesetzt worden, die dann eine Welt mit ganz neuen Möglichkeiten geschaffen haben und immer weiter schaffen.

Unter diesen neuen geistigen Kräften scheint mir für die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Zeit das früheren Jahrhunderten in der Tat ganz unbekanntes Gefühl einer engen Solidarität, einer unmittelbaren Schicksals-

verbundenheit aller auf der Erdoberfläche lebenden Menschen zu sein. Goethe durfte noch meinen, daß der Spießer sich wohl fühle, wenn — wie es im Faust heißt — hinten in der Türkei die Völker aufeinander schlagen. Das scheint im Zeitalter der Massenkommunikationsmittel, der Zeitungen, des Rundfunks, des Fernsehens, des Flugzeuges, nicht mehr denkbar. Heute weiß — zumindest bei den aufgeklärten und mit einiger Schulbildung ausgestatteten Völkern — auch der Geringste, daß es auch ihn angeht, ob die Menschen hinten in der Türkei Frieden halten, ob sie satt sind, ob sie mit ihrem politischen Schicksal sich begnügen, oder ob von dort her Kräfte wirksam werden, die die ganze Welt beunruhigen können.

Hier mag die Wurzel für jenes bisher unerhörte Phänomen liegen, daß die Menschen auch über große Entfernungen hin sich helfen, wie wir es nach dem Kriege im Marshall-Plan der Vereinigten Staaten und heute in der Entwicklungshilfe aller wohlhabenden und hochentwickelten Länder gegenüber den minder gutgestellten Gebieten erleben. Der heutige Mensch verträgt es nicht mehr, wenn er von Hunger und Elend neben sich umgeben ist. Man mag mit Recht bezweifeln, ob das Herz des Menschen ein anderes geworden ist. Wahrscheinlich liegt der Wandel darin, daß er eben jetzt erst laufend und sehr eindringlich durch die Nachrichtenmittel von Hunger und Elend an irgendeiner Stelle im eigenen Land oder in der Welt Kenntnis erhält. Die christliche Lehre „Liebe Deinen Nächsten als Dich selbst“, die sozialen Botschaften aus der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts erhalten eben mit dieser so unendlich verbesserten Informationsmöglichkeit eine ganz neue Grundlage, einen ganz neuen Impuls. Wir kümmern uns heute um Notstände, weil wir von ihnen nunmehr wissen, und diese Kenntnis schärft unser soziales Verantwortungsgefühl zu einer Hilfsbereitschaft, die frühere Generationen nicht gekannt haben.

Sicherlich wäre es irrig, die neue Gesinnung der Solidarität zwischen den Völkern und zwischen den Individuen allein auf den äußeren Umstand zurückzuführen, daß die moderne Nachrichtentechnik eine bessere gegenseitige Kenntnis vermittelt. Eine selbstverständliche Interessengemeinschaft, ein Bewußtsein der moralischen Verpflichtung gegenüber dem Nachbarn finden wir auch bei den Naturvölkern, und spätestens das Christentum hat uns geboten, wie das Gleichnis vom Samariter

lehrt, auch dem unbekanntem Nächsten zu helfen. Dieses natürliche Verantwortungsgefühl hat sich aber Jahrhunderte, ja Jahrtausende hindurch auf den Zugehörigen, auf den Nachbarn, auf den Nächsten erstreckt. Seine rasche weltweite Ausdehnung, die wir heute beobachten und die in dieser Universalität in der Tat allen früheren Menschheitsepochen fremd gewesen ist, wäre undenkbar, wenn nicht der im Herzen eines jeden Menschen schlummernde soziale Instinkt durch die ständige Unterrichtung von dem vielen in der Welt vorhandenen Leid immer erneut angesprochen und wachgerüttelt würde. Der einmal angesprochene, wachgerüttelte Instinkt verlangte aber wiederum nach immer weiterer, immer vollständigerer, immer anschaulicherer Unterrichtung, und so hat sich diese neue Haltung im Verlauf weniger Jahrzehnte, etwa seit dem Ende des ersten großen Krieges, in der gesamten Kulturwelt durchgesetzt. Wissen macht nicht nur frei, sondern Wissen macht auch stark und wach. Erst das Wissen um die Not des Nächsten, auch das Wissen um die Not anderer Völker hat die heutige Menschheit dazu bewogen, mehr zu leisten als früher, um diese Not zu beseitigen.

Gewiß spielt hierbei auch die Tatsache eine Rolle, daß die heutige Technik uns ganz anders als früher befähigt, unsere Hilfsbereitschaft in die Tat umzusetzen. Unsere Großväter, die vor hundert Jahren lebten, hätten von einer Hungersnot im Inneren Indiens oder Chinas, von einer Erdbebenkatastrophe in Marokko wenn überhaupt, dann erst so spät erfahren, daß eine sinnvolle Hilfe, die ja mit den umständlichen, langsamen Verkehrsmitteln der damaligen Zeit zu arbeiten hatte, kaum möglich war. Es gab auch noch nicht die Überproduktion an Weizen und Mais, die die moderne Agrartechnik namentlich den Vereinigten Staaten beschert und mit der sie oft bei darbenden Völkern eingreifen können. Weil wir jetzt die Möglichkeit haben, rasch und durchgreifend zu helfen, sind wir auch innerlich zum Helfen bereiter geworden, und eben diese Hilfsbereitschaft treibt uns an, nun auch immer neue Hilfsquellen zu erschließen.

Freilich wird man die auffälligen Wachstumserscheinungen in der modernen Wirtschaft, die wir kennengelernt haben, nicht mit einem geschärften sozialen Verantwortungsgefühl allein erklären können, so wohl es uns täte, wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialem Fortschritt gleichzusetzen.

Da niemand selbst schlechter leben möchte, auch gegenüber einer noch so dringlichen sozialen Mahnung, muß der Bedarf, den dieser Wunsch nach Hilfeleistung verursacht, durch wirtschaftliche Mehrleistung gedeckt werden. Man mag seine Zweifel haben, ob der universelle Drang nach Gleichheit in unserem Land, der zu einer für uns Ältere fast unbegreiflichen Nivellierung der Lebenshaltung geführt hat, auf die Dauer nur Segen bringen wird; als ein überwältigender Impuls im Sinne einer Steigerung von Umfang und Qualität in der Darbietung von Waren und Diensten kann er nicht hoch genug eingeschätzt werden. Vielleicht stehen wir in dieser Hinsicht überhaupt erst am Beginn einer Entwicklung. Schon jetzt macht der Mitbürger, der bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu kurz gekommen ist, sein Verlangen nach Ausgleich als moralische — oft sogar als rechtliche — Forderung geltend, und sie wird auch von einem immer größeren Kreis von Menschen als recht und billig anerkannt; ähnlich verhalten sich auch Völker und Regierungen in Westafrika, in Südostasien, in gewissen Teilen Südamerikas, wenn sie ihren Wunsch nach Entwicklungshilfe geltend machen, ohne hierbei auch nur einen Augenblick die Verpflichtung zu irgendeiner Gegenleistung zu empfinden. Vieles ist noch befremdend an dieser Entwicklung, aber an ihrem Vorhandensein und an ihrem tatsächlichen Einfluß auf das heutige Geschehen ist nicht zu zweifeln. Hand in Hand mit dem Aufkommen dieser neuen Ansprüche und mit den Anstrengungen, diese Ansprüche zu befriedigen, geht eine kaum minder bemerkenswerte Steigerung der Ansprüche auch in denjenigen Bevölkerungsschichten, die bisher keineswegs Nöt gelitten haben.

Psychologisch mag diese Vermehrung der Ansprüche mit dem soeben gekennzeichneten egalitären Verlangen zusammenhängen; in irgendeiner Hinsicht hat es ein anderer immer besser als man selbst, und diesen Abstand gilt es zu beseitigen, zumal uns die Massenkommunikationsmittel viel besser mit den Lebensverhältnissen unserer Mitbürger vertraut machen, als dies noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall war. Die soziale Schichtung der Bevölkerung in den alten hochentwickelten Ländern war ja in einer weitgehenden Differenzierung der Lebenshaltung zum Ausdruck gekommen, und diese Abstände sind wir nicht mehr bereit, als gewissermaßen gottgewollt hinzunehmen. War vor 50 Jahren eine Italienreise, noch vor 20 Jahren der Besitz eines

Kraftwagens das Privileg verhältnismäßig weniger, meist schon von der Geburt her gutgestellter Menschen, so sind heute Italienreise und Kraftwagen fast selbstverständlich Gegenstände des Massenkonsums, und die Weiterentwicklung ist noch gar nicht abzusehen. Aber auch hier handelt es sich nicht um einen Ausgleich im strengen Sinne, indem die bessergestellten Schichten etwa auf einen Teil ihres Vermögens oder ihres Einkommens zugunsten der minderbemittelten Schichten verzichten, sondern um ein Bemühen des einzelnen und der Gesellschaft, durch Steigerung der bisherigen Leistung den bisher Benachteiligten ebenfalls an den süßen Früchten des Wohlstandes teilnehmen zu lassen.

Vielleicht ist diese Entwicklung in keinem Lande so deutlich geworden wie in der Bundesrepublik mit ihrem ans Wunder grenzenden Aufstieg aus Zerstörung, Not und Unterernährung zu einem die Vorkriegsverhältnisse immer mehr übersteigenden Wohlstand. Konnte noch Anfang der fünfziger Jahre behauptet werden, das Wirtschaftswunder habe die Reichen reicher, die Armen aber ärmer gemacht, ohne daß derjenige, der so etwas verkündete, ausgelacht wurde, so würde heute ein solcher Agitator auch bei dem unkritischsten Publikum der Lächerlichkeit anheimfallen. Der durchschnittliche Reallohn des arbeitenden Menschen ist in der Bundesrepublik von 1950 bis 1964 um 117 % gestiegen; man kann sich also heute für die gleiche Arbeitsleistung mehr als das Doppelte kaufen als noch vor 14 Jahren.

Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, die Bedenken zu erörtern, die dieser für frühere Wirtschaftsperioden ganz unerhörte Erfolg auslöst. Keinem Zweifel unterliegt es jedenfalls, daß die Steigerung der Ansprüche zwangsläufig zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Leistung geführt hat, wenn man nicht im Sinne alter primitiver sozialistischer Utopien eine Aufteilung des Vermögens der Besitzenden zugunsten der anderen vornehmen wollte. Als solche Utopien aufkamen, hat man mit Recht den Propheten vorgerechnet, daß damit für die Gesamtheit herzlich wenig erreicht und daß die Folge wahrscheinlich nach kurzer Zeit eine allgemeine Verelendung sein würde. Das weiß heute jedermann, und so richtet sich das Verlangen nach Besserstellung der bisher wirtschaftlich weniger gutgestellten Schichten mit Recht nicht auf eine Beraubung der Bessergestellten, sondern darauf, daß das Ergebnis der allgemeinen Anstrengungen in einem immer größeren Anteil

denjenigen zugute komme, die bisher weniger befriedigt worden waren. Das aber — und das ist klar — kann nur durch eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistung gesichert werden — eine Steigerung, die in ständiger Wechselwirkung zwischen moralischem Impuls und technischem Fortschritt voranschreitet.

Selbstverständlich wird ein Zeitalter, in dem sich eine solche Entwicklung vollzieht, den Voraussetzungen für die technischen Fortschritte immer größere Aufmerksamkeit schenken. Wenn unsere jungen Menschen nicht mehr die Arbeit um ihrer selbst willen mit Freude verrichten, so ist dafür ihr Interesse an einer sinnvollen Gestaltung des Arbeitsvorgangs um so größer. Die Probleme der Mechanisierung, der Rationalisierung, der Automation bleiben nicht mehr ausschließlich der Betriebsleitung überlassen.

Da die Gegebenheiten an Bodenfläche und menschlicher Arbeitskraft längst bis an die äußerste Grenze angespannt sind, bleibt nur die Verbesserung der Methoden übrig, und das setzt eine immer größere Anspannung der geistigen Leistung sowohl in die Breite als in die Tiefe voraus. Nicht zufällig wird unser öffentliches Leben in zunehmendem Maße von dem Ruf nach Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten erfüllt; sollen jene Aufgaben gelöst werden, die die gekennzeichnete Steigerung der Ansprüche erfordert, so genügt es nicht mehr, mit einer Handvoll von Ingenieuren und Professoren und mit mehr oder weniger ungeschulten Arbeitern den Wirtschaftsablauf zu meistern: die Zahl der Wissenschaftler und Techniker muß vervielfacht werden, und der ungelernte Arbeiter muß immer mehr aus den Betrieben verschwinden und — soweit es nicht durch die Maschinen möglich ist — durch den hochqualifizierten Facharbeiter ersetzt werden. Die Wirklichkeit läßt in dieser Hinsicht noch viel zu wünschen übrig. Aber der Aufstieg ist unverkennbar. Wir haben in

der Bundesrepublik 1964 an Universitäten und Hochschulen 290 000 Studenten gehabt gegen 115 000 im Jahre 1950, also fast eine Verdreifachung seit Beginn der neuen Jahrhunderthälfte. Aber jedermann weiß, daß diese Vermehrung keineswegs ausreicht, um unsere tatsächlichen Bedürfnisse zu befriedigen und daß die Zahl eigentlich doppelt so hoch sein müßte, wenn wir die dringendsten Anforderungen auf den Schulen und in den Kliniken, in den Instituten und Laboratorien befriedigen wollen. Aber auch hier sehen wir wieder, wie der Bedarf nach einer größeren Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte von der äußeren Entwicklung her geweckt wird und erleben nun, daß die dadurch in Gang gesetzte Entwicklung ihrerseits wiederum zu einer Steigerung der Leistung und damit in unaufhaltsamer Fortwirkung neuen Bedarf erzeugt.

Fast möchte uns Schwindel erfassen, wenn wir uns vorstellen, daß diese Entwicklung so jungen Ursprungs ist und sich nun unaufhaltsam in immer neuer Steigerung vorwärts bewegt. Wohin das führen soll, kann in der Tat manchen unter uns beunruhigen; aber zunächst einmal sehen wir, wie die kühnen Utopien der früheren Jahrhunderte hinsichtlich der Arbeitszeit, der Lebensweise, der sozialen Sicherung der Menschen in vielen wichtigen Ländern längst erreicht, ja übertroffen sind, und daß diesem Fortschritt einstweilen keine Grenze gesetzt zu sein scheint. Daß dieser Erfolg erzielt werden konnte, ist gewiß ein Ausdruck der unerhörten technischen Entwicklung. In dieser Leistung waren und sind jedoch geistige und sittliche Kräfte lebendig — eine Erkenntnis, die uns über manche Unzulänglichkeit, manches Versagen in unserer Welt zu trösten vermag. Wir haben nicht mehr das Gefühl, daß die Wirtschaft über uns hinwegrollt. Das wirtschaftliche Wachstum unserer Tage ist nicht Schicksal oder Zufall, sondern Notwendigkeit, die wir geistig bejahen und die wir uns bemühen, sittlich zu gestalten.

Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Verständigung

Als man im Herbst des Jahres 1946 an mich herantrat, um mit mir über die Schaffung eines Zentrums für die Internationale Versöhnung zu sprechen, erschien dieser Gedanke in seinen Zielen beschränkt, aber mehr als zweckmäßig, ja in Anbetracht der damaligen Lage geradezu notwendig.

Die Kampfhandlungen waren zwar beendet, aber dafür war der Krieg auf psychologischem Gebiet in vollem Gang. Wir Italiener waren „Mitkämpfer“. Ich muß gestehen, daß es mir bis heute, vom juristischen wie vom politischen Standpunkt aus gesehen, nicht gelungen ist zu verstehen, was „Mitkämpfer“ bedeutet. Vom praktischen Standpunkt aus weiß ich, daß es für uns bedeutete, die Nicht-Erwünschten zu sein.

Die europäischen Nationen waren tief gespalten; Italien war von den Alliierten besetzt; in Deutschland galt noch in vollem Maße die „non-fraternisation“; alle Begierden waren entfesselt. Praktisch hatte Italien keinen Nachbarn, der nicht Gelüste auf Teile seines Territoriums hegte. Was die Grenzen Deutschlands

betrifft, so ist es wohl besser darüber zu schweigen. Aber auch zwischen den Verbündeten stand der Kampf um die Vormachtstellung auf des Messers Schneide. Nur die Amerikaner bemühten sich, allerdings ohne besonderen Erfolg, eine gewisse ausgleichende Stellung zu wahren.

Wie konnte man sich aus dieser Lage des Kampfes aller gegen alle befreien? Wie eine Atmosphäre erträglichen Zusammenlebens zwischen den Ländern Europas neu schaffen? Es waren harte und schwere Jahre. Das Frankreich Robert Schumans weigerte sich, seine Besatzungszone in Deutschland mit der englisch-amerikanischen Doppelzone zu vereinen, und rechnete fest darauf, sich in den endgültigen Besitz des Saarbeckens zu setzen. Der Kampf um Italiens Kolonien war in vollem Gang — Kampf gegen uns, gewiß; aber mehr noch Kampf zwischen den Siegern. Nicht weniger hart war der Kampf um Vorherrschaft und Einfluß im Nahen Osten zwischen Engländern und Franzosen und in Südostasien zwischen Engländern, Franzosen und Holländern.

Rasche Überwindung der Kriegsspychose

Im Herbst 1946 wurde ich zum Botschafter in Paris ernannt. Paris ist immer ein begehrter Posten gewesen, und dennoch fragte ich mich, besonders nach den Erfahrungen der vergangenen Monate, die ich in Paris bei der Friedenskonferenz gemacht hatte, wie viele Jahre notwendig sein würden, um zwischen uns und den Franzosen wieder normale Beziehungen herzustellen. Ich erinnere mich, daß nach dem Ersten Weltkrieg — und noch im Jahr 1930 — man keinen deutschen Diplomaten zu einem Abendessen mit einem Diplomaten der Entente einladen konnte, ohne vorher die Erlaubnis des letzteren einzuholen.

Tatsächlich ist diese vergiftete Atmosphäre unerwartet schnell überwunden worden; nicht nur zwischen Frankreich und Italien, sondern

auch zwischen Frankreich und Deutschland und in ganz Europa.

Den Zustand des besiegten Feindes überwindet man in Wirklichkeit erst an dem Tag, an dem man Verbündeter der Sieger wird. Im Jahr 1949, kaum zwei Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Italien, trat Italien dem Atlantischen Bündnis bei. Deutschland ist wenig später gefolgt.

Aber diese so rasche Überwindung der Kriegsspychose war nicht nur die Folge eines unvorhergesehenen Sieges der Vernunft bei den Regierungen und den Völkern Europas; es haben viele äußere Elemente, wie die gemeinsame Not und die gemeinsame Angst, dazu beigetragen:

Im Juni 1947 hing die Möglichkeit für Frankreich und Italien, ihre elenden Brotrationen bis zur nächsten Ernte beizuhalten, von einigen Schiffen ab, die im Hafen von New York vor Anker lagen und um die wir uns stritten, obwohl keiner von uns beiden das nötige Geld zur Bezahlung hatte.

Hat Stalin jemals wirklich im Ernst an eine Eroberung Westeuropas mit militärischen Mitteln gedacht? Wir werden es nie erfahren. Auch wenn sich eines Tages die russischen Archive für die Geschichtsforschung öffnen, werden wir keine Antwort finden. Diktatoren haben nicht die Gewohnheit, ihre wahren Gedanken zu Papier zu bringen.

Es muß um der Gerechtigkeit willen gesagt werden, daß die kommunistische Lehre nie eine Verbreitung des Kommunismus durch Waffengewalt vorgesehen hat. Aber Lehre und Absichten einmal dahingestellt. Wir sagen im Vaterunser: „Führe uns nicht in Versuchung.“ Das ist ein äußerst weiser Grund-

satz. Nun, nach der überstürzten Demobilisierung der amerikanischen Truppen konnte die Versuchung sehr groß sein.

Es war — glaube ich — Ende 1947, als Marschall Montgomery gefragt wurde, ob er glaube, daß die Sowjets die Atombombe hätten. Seinem Stil treu bleibend antwortete der Marschall: „Ich weiß nicht, ob die Russen die Atombombe haben, aber ich weiß, daß sie keine Fahrräder haben; hätten sie Fahrräder, dann wären sie schon in Brest.“

In Wirklichkeit war die militärische Lage noch Ende 1947 die folgende: Die Sowjetunion hatte in Ost-Deutschland 27 Divisionen in voller Kriegsausrüstung stehen, die, auf telefonische Order von Moskau, in Marsch gesetzt werden konnten. Diese Order war unvorhersehbar und unkontrollierbar. Diesen Divisionen standen auf westlicher Seite, wenn man die vielen nur auf dem Papier aufgeführten Divisionen nicht zählt, nur eineinhalb kampfbereite Divisionen gegenüber.

Kriege zwischen europäischen Staaten sind undenkbar geworden

Was aber mehr als alles andere die politischen und psychologischen Beziehungen zwischen den europäischen Mächten gewandelt hat, war die sich langsam anbahnende Einsicht, daß ein Krieg zwischen ihnen nicht mehr möglich war.

Die Europäer haben viele große Qualitäten; sie sind aber auch die kriegslüsternde Rasse auf Erden gewesen. Die europäische Geschichte ist nach dem Ende der Pax Romana nichts als die Geschichte des Krieges aller gegen alle. Folglich waren die Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern Europas stets von dem Gedanken an den Krieg beherrscht — eine Einstellung, die noch in den unmittelbaren Nachkriegsjahren lebendig war.

Zwischen Italien und Frankreich wurde über den Grenzverlauf diskutiert — höchst unerfreuliche Verhandlungen, bei denen es um beherrschende Positionen und mögliche Stellungen für Kanonen und Maschinengewehre ging. Die Italiener konnten keine großen Ansprüche stellen. Der Friedensvertrag hatte ihnen zwar Zähne und Krallen genommen, aber ihre Einstellung war dieselbe geblieben: hartnäckig widersetzten sie sich damals dem Bau eines Tunnels durch den Montblanc, denn er hätte den französischen Panzern den Weg zum Aostatal geöffnet.

Aber die gemeinsame Not, die gemeinsame Gefahr und, wenn man will, auch eine richtige Bewertung der tatsächlichen Lage haben langsam die Regierenden und die Völker — und hier muß ich der Wahrheit zuliebe hinzufügen: die Völker viel früher als die Regierenden — davon überzeugt, daß der Krieg zwischen den europäischen Staaten nicht mehr möglich, ja nicht mehr denkbar war. Nachdem dieses Prinzip einmal anerkannt war, ergab sich sehr rasch daraus die Entwicklung der Beziehungen.

Dieser Stand der Dinge ist noch immer gültig. Die Hauptmächte des heutigen Europa sind weder groß noch klein genug, um gegeneinander Krieg zu führen, auch wenn sie Lust dazu hätten.

All dies ist vielversprechend und ermutigend, obwohl man nicht vergessen sollte, daß diese neue psychologische Situation in den Beziehungen zwischen den europäischen Mächten noch sehr zerbrechlich ist. Wir haben ein Beispiel vor Augen: Zypern.

Ein Konflikt, im Grunde mehr gefühlsbedingt als greifbar — weder Griechenland noch die Türkei wären mächtiger oder reicher, wenn sie die ganze Insel oder Teile davon anektieren könnten —, hat es in kurzer Zeit fertig-

gebracht, ein Werk der Versöhnung zu zerstören, an dem die beiden Regierungen nach den Weisungen der zwei großen Persönlichkeiten Kemal Atatürk und Venizelos gearbeitet hatten.

Unter diesem Vorbehalt können wir aber sagen, daß die internationale Verständigung in Europa Fortschritte erzielt hat, die man ohne Übertreibung als unerwartet bezeichnen darf.

Sind es dauerhafte Fortschritte? Auf dieses Argument werde ich zurückkommen. Leider ist Europa nicht mehr das Kommandozenrum, nicht mehr Schiedsrichter über die letzten Entscheidungen in der Außenpolitik, wie es das über drei Jahrhunderte hindurch gewesen war. In diesem Sinn hat Europa einen steilen Sturz erlebt.

Vor 50 Jahren, im Juli 1914, waren sechs europäische Staaten in die Krise verwickelt, die zum Ersten Weltkrieg führte. Doch keiner der politischen Führer dieser damals ausschlaggebenden sechs Mächte hat sich bemüht zu erfahren, wie sich möglicherweise die Ver-

einigten Staaten verhalten könnten. Man sprach über die mögliche Haltung Griechenlands oder Bulgariens, aber nicht über die der Vereinigten Staaten. Das heißt mit anderen Worten, vor 50 Jahren war es möglich, sich in einen Krieg zu stürzen, der das Antlitz der Welt verändern konnte — und er hat es getan —, ohne sich um die Haltung der Vereinigten Staaten zu kümmern.

Die Kuba-Krise gehört der unmittelbaren Vergangenheit an. Während dieser Krise durften die europäischen Mächte, ganz gleich ob es sich um England oder Luxemburg handelte, nichts anderes tun als den Atem anhalten. Die Entscheidung „Krieg oder Frieden“ lag einzig und allein in den Händen Washingtons und Moskaus.

Hätte diese europäische Versöhnung vor 1914 stattgefunden, dann hätte sie der Welt eine lange Friedensperiode sichern können. Heute stellt sie nur die — wenigstens relative — Befriedung eines gewiß wichtigen, jedoch nicht entscheidenden Teiles der Welt dar.

Der Traum der russisch-amerikanischen Zusammenarbeit

Wenn wir uns nun von Europa zur übrigen Welt hinwenden, dann ist das Bild, das sich uns bietet, weit weniger positiv.

Auch der Zweite Weltkrieg sollte ein Krieg sein, der dem Krieg ein Ende setzte. Und auch während des Zweiten Weltkrieges gab es Menschen, viele Menschen, die daran glaubten. Ich habe nicht die Ehre gehabt, Roosevelt persönlich zu kennen. Ich erkuhne mich daher nicht, Vermutungen über das, was er wirklich dachte, zu äußern. Man kann nur anerkennen, daß er eine Weltordnung vor sich sah, die auf der Zusammenarbeit zwischen Rußland und Amerika gründete, mit einem kleinen, mehr formalen als wesentlichen Beitrag Englands, Frankreichs und Chinas. Es war die Bestimmung der Vereinten Nationen, das ausführende Organ dieser Zusammenarbeit zu werden.

Hat Roosevelt im Ernst an die Möglichkeit dieser Zusammenarbeit geglaubt? Mit welchen Mitteln, auf welchen Wegen dachte er sie zu verwirklichen? Wir werden es nie erfahren. Es bleibt nur die Tatsache, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Amerika, kaum daß die Waffen niedergelegt waren, sich rasch

verschlechterten; statt der Versöhnung haben wir den „Kalten Krieg“ gehabt.

Die Annahme, es könne zu einer russisch-amerikanischen Zusammenarbeit kommen, beruhte auf einem Mißverständnis. Auf der einen wie auf der anderen Seite sprach man von Demokratie und Freiheit; aber mit den gleichen Worten meinte man in Moskau und in Washington radikal verschiedene Dinge.

Gewiß, es gab zwischen beiden einen Kampf um die Macht; aber die grundlegende Meinungsverschiedenheit lag auf der ideologischen Ebene. Washington hatte keine Sympathien für den Kommunismus, doch war es bereit, ihn leben zu lassen und auch mit ihm zu leben. Moskau hingegen war nicht bereit zuzugeben, daß auch der Kapitalismus das Recht habe, seine Tage in Ruhe zu verbringen. Es ist heute schwer zu sagen, ob durch eine andere Politik in Teheran und Jalta oder durch eine andere Führung der militärischen Operationen die Trennungslinie zwischen der demokratischen und der kommunistischen Welt in Europa anders hätte gezogen werden können. Vor allem ist der Streit darüber nutzlos. Was geschehen ist, ist geschehen. Die ameri-

kanische Politik ist gewiß nicht frei von Fehlern gewesen; es wäre aber gut, auch heute nicht zu vergessen, daß wir es den Vereinigten Staaten und allein den Vereinigten Staaten verdanken, wenn wir heute, in einem freien und demokratischen Land und in eine freie und demokratische westliche Welt eingegliedert, miteinander reden können.

Nachdem der Traum von der Zusammenarbeit ausgeträumt war, hat sich die amerikanische Politik ein grundlegendes Ziel gesetzt: die Sowjets innerhalb der Grenzen zu halten, die sie bei Kriegsende erreicht hatten. Eine Poli-

tik, die sich ein wenig empirisch entwickelte. Ihre erste Willenskundgebung war das offene Eingreifen Trumans zur Unterstützung Griechenlands, als dieses Land teils von inneren, teils von äußeren Erschütterungen bedroht war, und der Türkei, der eine greifbare, äußere Gefahr drohte. Der zweite Akt war der Marshall-Plan. Glücklicherweise ist das Erinnerungsvermögen der Menschen kurz. Wir haben den Zustand der Verzweiflung, in dem sich noch in den Jahren 1946 und 1947 die wichtigsten Staaten Europas befanden, ganz gleich ob sie Sieger oder Besiegte waren, so gut wie vergessen.

Amerika hat Europa gerettet

Die wirtschaftliche Unsicherheit des nächsten Tages, die Unmöglichkeit, auch nur die geringsten so notwendigen Hilfsquellen zu finden, nicht etwa um wiederaufzubauen, sondern um weiter leben zu können, diese Unmöglichkeit lähmte den Willen und die Tatkraft. Der Marshall-Plan war wahrscheinlich die umfassendste Hilfe, die je ein Land anderen Ländern gegeben hat. Seine Wirkung ist durch den psychologischen Effekt noch verdoppelt worden. Die Völker Europas haben die Fähigkeit zu handeln wiedergefunden. Der Wiederaufbau Europas ist ein wahres Wunder gewesen und war die Voraussetzung für so viele weitere einzelne und kollektive Wunder.

Wäre Europa ohne diese amerikanische Hilfe kommunistisch geworden? Es ist schwer, mit einem klaren Ja oder Nein zu antworten. Wenn man aber davon ausgeht, daß die Verzweiflung in der Not der Nährboden für den Kommunismus ist, dann muß man zugeben, daß über den wirtschaftlichen Wiederaufbau hinaus auch die demokratische Festigung Westeuropas allein dem Marshall-Plan zu verdanken ist.

Aber auch diese wirtschaftliche und politische Stabilisierung wäre nur relativ geblieben, wäre nicht das Problem der militärischen Sicherheit gelöst worden. Auch das haben

wir vergessen. Aber die Angst, eines Morgens aufzuwachen und in Paris oder Rom sowjetischen Panzern in den Straßen zu begegnen, war ein Alptraum, der auf ganz Westeuropa lastete. Der Atlantik-Pakt hat ihn vertrieben. Dieses Bündnis ist nie ein militärischer Pakt mit aggressivem Charakter gewesen. Der Zweck des Atlantik-Paktes ging nie weiter, als eine genügend große westliche Streitmacht zu schaffen, um einen unvorhergesehenen Angriff aus dem Osten so lange aufzufangen, bis den amerikanischen Streitkräften die nötige Zeit zum Aufmarsch gegeben war.

Bestand die Gefahr wirklich? Noch einmal muß gesagt werden, wir wissen es nicht und werden es nie wissen. Es steht aber außer Zweifel, daß das Gefühl des Vertrauens in den europäischen Ländern ohne den Atlantik-Pakt nicht das wäre, was es heute ist.

Ich habe eben von der amerikanischen Politik gesprochen, ohne Dulles' Theorie des „rolling back“ auch nur zu erwähnen. Es war eine sehr verlockende Theorie, die aber in Wirklichkeit nur auf dem Papier existierte. Eigentlich mußte das „rolling back“ Krieg bedeuten. Auf amerikanischer Seite hat niemand in wirklich verantwortlicher Stellung je ernstlich an einen Präventivkrieg gedacht.

Möglichkeiten und Grenzen der Koexistenz

Heutzutage ist der Kalte Krieg eine Erinnerung. Er ist durch die Koexistenz ersetzt worden. Die Koexistenz ist nicht ein bloßes Wort. Heute können wir sagen, daß sie eine Reali-

tät ist; allerdings unter der Bedingung, daß man die Koexistenz in den Grenzen, in denen sie in meisterhafter Weise von Chruschtschow festgelegt worden war, versteht: als einen

Kampf zwischen zwei sich widersprechenden Auffassungen über die Struktur der Gesellschaft, ein Kampf, der mit allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen, nur nicht mit militärischen Mitteln geführt wird.

Mit anderen Worten, Koexistenz bedeutet noch nicht, daß die kommunistische Welt der Auffassung ist, die kapitalistische Welt habe das Recht zu leben und zu überleben, in Frieden gelassen zu werden genau wie jede andere soziale Struktur. Ich nenne unsere westliche Welt weiter kapitalistisch und folge damit der marxistischen Phraseologie. Natürlich kann diese Bezeichnung der westlichen Welt heute nur unter Vorbehalt verwendet werden.

Im Anfang bedeutete Koexistenz nur, daß die östliche Seite die Aufgabe, den Kapitalismus zu begraben, diesem selbst und seinen eigenen inneren Grundsätzen überließ; daß sie sich darauf beschränkte, diesen Auflösungsprozeß mit mehr oder weniger diskreten Mitteln, ausgenommen mit militärischen, zu fördern.

Heute sind wir schon in einem fortgeschrittenen Stadium. Vielleicht wird der Historiker der Zukunft — ich gehe von der Annahme aus, daß es einen Historiker der Zukunft geben wird, und das heißt, daß ich begründete Hoff-

nung habe, daß die sich gegenüberstehenden zwei Welten es vorziehen, nicht in einem grandiosen atomaren Feuerwerk unterzugehen — die Kuba-Krise als eines der entscheidendsten Daten der Geschichte anführen.

Die Kuba-Krise hat eine Entwicklung zur Reife gebracht, die sich schon seit einiger Zeit anbahnte. Die zwei Großmächte, die wahrhaft einzigen Großmächte, Rußland und die Vereinigten Staaten, sind zu dem Schluß gekommen, daß es in Anbetracht der Zerstörungskapazität ihrer Atomwaffen, in Anbetracht des gleichwertigen Standes der atomaren Rüstung in beiden Lagern nicht mehr zulässig sei, den Krieg als ein anwendbares Mittel zur Lösung internationaler Probleme zu betrachten.

Das ist zumindest eine logische Schlußfolgerung. Wenn man anfängt, in Begriffen von 100 Millionen Toten auf beiden Seiten in den ersten Stunden des Konflikts zu sprechen — zu diesem Zweck wurde auch eine neue, erstaunliche Maßeinheit geprägt, der Megatod, der dem Tod von einer Million Menschen gleichkommt —, dann befinden wir uns nicht mehr auf dem Felde der Realität, sondern treten in eine apokalyptische Atmosphäre ein.

Revolution in den internationalen Beziehungen

Es ist hinzuzufügen, daß wir uns damit der größten Revolution in den internationalen Beziehungen gegenübergestellt sehen. Die Geschichte der Menschheit ist uns seit etwa 7000 Jahren bekannt. Während dieser 7000 Jahre hat man immer vom Frieden gesprochen, aber man hat immer an den Krieg als Mittel, ich wage zu sagen ein normales Mittel, gedacht, um gewisse Fragen zu klären. Heute hingegen muß man den Krieg ausschließen. Das verlangt eine völlige Revision der ganzen Auffassung von der internationalen Politik. Bis heute haben nach meinem Eindruck weder Rußland noch Amerika die nötigen Folgerungen aus diesem neuen Stand der Dinge gezogen. Langsam fangen sie an es zu tun; aber sie sind erst am Anfang. Die europäischen Mächte sind noch beträchtlich hinter ihnen in dieser Anpassung des Denkens und politischen Handelns an die neuen Umstände zurück. Das

ist unerfreulich, aber nicht schwerwiegend, da wir ja keine Entscheidungen mehr zu fällen haben.

Können wir also daraus den Schluß ziehen, daß der Krieg, zumindest der totale Krieg, zwischen den Großmächten nicht mehr in Frage kommt? Ich würde es nicht wagen, dies endgültig zu behaupten. Schließlich muß man der menschlichen Dummheit, die grenzenlos ist, einen gewissen Spielraum lassen. Schon vor zwei Jahrhunderten sagte Voltaire, die menschliche Dummheit sei das einzige, was uns eine blasse Idee des Unendlichen geben könne.

Was man aber wohl sagen kann, ohne Gefahr zu laufen, sich von der Wirklichkeit zu entfernen, ist, daß ohne die vorhandene Atomwaffe der dritte Weltkrieg schon vor einiger Zeit ausgebrochen wäre.

Ein noch unbeständiges Gleichgewicht

Die Beziehungen zwischen den europäischen Mächten begannen sich an dem Tag auf eine vernünftige Grundlage zu stellen, an dem sie zu der Erkenntnis kamen, daß sie keinen Krieg mehr gegeneinander führen konnten. Heute müssen sich auch die zwei Super-Großmächte mit dieser Erkenntnis abfinden. Vielleicht kann dies auf die Dauer auch zu einer grundlegenden Änderung in ihren Beziehungen führen.

Ich habe mich darauf beschränkt, das Wort „kann“ zu gebrauchen; denn dieser Zustand der Koexistenz, der weder festliegt noch festzulegen ist, beruht ausschließlich auf dem Gleichgewicht der Macht oder dem Gleichgewicht der Zerstörung zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland. Es ist noch ein unbeständiges Gleichgewicht. Würde aus einer gewissen Nachlässigkeit auf der Seite des einen oder des anderen, oder als Folge einer immerhin möglichen wissenschaftlichen Entdeckung dieses Gleichgewicht gestört werden, dann würde sich die Kriegsgefahr von neuem in ihrem ganzen tragischen Ausmaß erheben.

Es ist unwahrscheinlich, daß die europäischen Mächte die Freiheit, Krieg zu führen, wiedergewinnen werden. Daß Rußland und Amerika sie wiedererlangen, kann man bei dem heutigen Stand der Dinge nicht ausschließen. Es ist also nicht die Vernunft, die zu einer Änderung der Beziehungen zwischen den zwei Großmächten und folglich zwischen den zwei Gruppen, die sich mehr oder weniger um sie geschart haben, geführt hat. Nur die innere Dialektik der Entwicklung dieser neuen Waffe, die sozusagen aus eigener Kraft ihre Weiterentwicklung verfolgt, hat die einen wie die anderen unversehens vor eine neue Realität gestellt.

Vielleicht wird mit der Zeit diese neue Wirklichkeit eine auch psychologische Rückwirkung auf die Beziehungen zwischen Ost und West haben. Wir müssen es wünschen und wir

müssen dafür arbeiten. Vergessen wir aber nicht, daß sie noch nicht eingetreten ist.

Mein begrenzter Optimismus hinsichtlich der Zukunft der Beziehungen zwischen Rußland und Amerika ist auch durch Wechsel in der sowjetischen Führung nicht beeinträchtigt worden. Es ist zu früh, irgendein Urteil zu wagen. Halten wir uns nur gegenwärtig, daß in der sowjetischen Führungsspitze ein Kampf von Persönlichkeiten um die Macht im Gange ist. Alle sind abwechselnd hart und weich gewesen, je nachdem wie es dem Ziel dieses Kampfes diene.

Chruschtschow verkörperte für uns die Entspannung. Vergessen wir jedoch nicht, daß seine Politik zu Anfang aggressiver, gefährlicher und rücksichtsloser war als die Politik Stalins. Chruschtschow war der Mann des gewaltsamen Einbruchs Rußlands in den Mittleren Osten, des Berliner Ultimatums im Jahr 1958, des Schuhs im Palast der Vereinten Nationen. Er änderte sich nach Kuba, als er — am Rand des Abgrundes — der Wirklichkeit ins Auge sah und sie hinnehmen mußte. Die Wirklichkeit bleibt bestehen. Auch seine heutigen Nachfolger und die späteren werden sie hinnehmen müssen, weil man ihr nicht entgehen kann. Wenn eine Gefahr für die Zukunft der Entspannung besteht, liegt sie nicht im möglichen Wechsel der Männer in Moskau oder in Washington, sondern besteht nur darin, daß sich das nukleare Gleichgewicht verschiebt.

Es gibt noch andere Gründe für einen gewissen Optimismus. Der russisch-chinesische Konflikt bindet den Sowjets in gewissem Maße die Hände und wird das auch in der Zukunft tun. Er kann — ich betone kann und nicht wird — ein gewisses Maß von Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Rußland und Amerika schaffen.

Möglichkeiten von morgen

Meiner Meinung nach ist die Begrenzung des ideologischen Konfliktes, die sich nun langsam Bahn bricht, wichtiger. Im Westen glauben wohl nur wenige noch an einem überraschenden Zusammenbruch des kommunistischen Systems. Hingegen spricht vieles für eine langsame Entwicklung, die sogar zu radi-

kalen Veränderungen führen könnte. Aber das ist eine Frage von Jahrzehnten, nicht von Jahren oder Monaten.

Überdies beginnen Zweifel sich durchzusetzen, ob die Möglichkeit des Einschleichens ins gegnerische Lager noch besteht. Trotz aller Lehren

der marxistischen Dialektik weigert sich der Kapitalismus hartnäckig zu sterben. Im Gegenteil, es geht ihm ausgezeichnet und es geht ihm mit jedem neuen Tag besser. Es ist ihm gelungen, sich zu wandeln, sich den Anforderungen unserer Zeit anzupassen, was Marx und Lenin und ihre Nachfolger für strukturell unmöglich hielten.

Hat Karl Marx sich geirrt? An dem Tag, an dem man zugeben wird, daß der Kapitalismus fähig ist, zu überleben, an diesem Tag werden die Grundlagen der kommunistischen Heilslehre ins Wanken geraten. Eine echte Koexistenz wird man nur erreichen können, wenn der Geist gegenseitiger Toleranz die Oberhand gewinnt. Die Toleranz aber ist die Tochter der Skepsis, denn wer glaubt, daß er die absolute Wahrheit besitzt, kann nicht tolerant sein.

Wir sollten uns aber davor hüten, etwas für eine Tatsache zu halten, was nur eine Möglichkeit von morgen sein kann und was gewiß viele unter uns nicht erleben werden. Aber diese Möglichkeit besteht heute und sie bestand gestern noch nicht.

Heutzutage hat dieses Gleichgewicht der Zerstörungskräfte nur einen Parallelismus der Interessen zwischen Amerika und Rußland hervorgerufen. Da sie beide heute davon überzeugt sind, daß der Atomkrieg kein Mittel zur Lösung internationaler Probleme ist, sind sie beide daran interessiert, daß die bestehenden Konflikte gewisse Grenzen nicht überschreiten.

Ihr Handeln kann nicht auf der gleichen Linie verlaufen. Ein schweres Erbe der Vergangenheit lastet auf ihren Schultern, vielleicht mehr auf den Schultern der Sowjets als auf denen der Amerikaner. Das beschränkt ihre Bewegungsfreiheit. Wir sind mitten in einer schwierigen Anpassung an eine völlig neue Lage. Es handelt sich aber nicht nur um einen Parallelismus der Interessen. Es ist daher völlig unangebracht, wie man es von Zeit zu Zeit tut, das Gespenst einer Einigung zwischen Russen und Amerikanern — zum Nachteil dieser oder jener — heraufzubeschwören. Hier handelt es sich um etwas ganz anderes. Es ist das neue Gefühl, zum Frieden gezwungen zu sein, sei es auch ein Friede, der eben nur nicht Krieg ist, das den ganzen Rahmen der internationalen Politik verändert hat und weiter verändern wird. Auch das ist eine Tatsache; aber eine Tatsache, die heute die einzige uns bleibende Hoffnung ist, daß wir weiter in Frieden leben können.

Dieser Rahmen wird sich gewiß noch ändern. China steht an der Schwelle zur Atommacht. Es wird viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern, bis China eine Atommacht, wenn auch nur eine zweitrangige, wird; aber eines Tages wird es so weit sein. Man fängt auch schon an, von der Möglichkeit einer atomaren Rüstung Indiens zu sprechen. Ich wiederhole, das alles ist nicht für morgen zu erwarten. Aber es sind Möglichkeiten, die die heutige Lage empfindlich, ja radikal ändern können und die wir uns vergegenwärtigen müssen.

Weltweiter Klassenkampf zwischen Reichen und Armen

Wenn wir nun von dieser Art der Koexistenz zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland Kenntnis genommen haben, so heißt das nicht, daß wir damit die Weite der möglichen Konflikte und die Ausdehnung der vorhandenen Spannungen erschöpft haben.

Immer klarer zeichnet sich ein gravierender Unterschied ab zwischen den Ländern, die wir „entwickelt“ nennen, und denen, die wir „Entwicklungsländer“ nennen. Das sind zwei etwas komplizierte Begriffe, die man besser vereinfachen sollte, indem man von einem Konflikt zwischen Reichen und Armen sprechen würde, der durch die Konfrontation der Rassen noch komplizierter wird. Die weiße Rasse umfaßt kaum mehr als ein Zehntel der Menschheit, verfügt aber über mehr als 80 v. H. der Reich-

tümer der Erde. Den restlichen 90 v. H. der gesamten Bevölkerung der Erde bleibt nichts anderes übrig, als die mageren 20 v. H. unter sich zu verteilen. Und wenn man heute einen Vergleich der Investitionen zieht, die in der reichen und in der armen Welt getätigt werden, dann müssen wir leider zu der Schlußfolgerung gelangen, daß der Unterschied nicht dazu neigt, sich zu verringern, sondern eher sich zu vergrößern.

Ich wollte den Ausdruck „weiße Rasse“ unterstreichen. Wenn auch nicht alle Länder der weißen Rasse den gleichen Grad der Entwicklung erreicht haben, wenn auf diesem Sektor der weißen Rasse gewisse beschränkte Zonen von Unterentwicklung zu finden sind, ist es aber genau so richtig, daß kein Land mit far-

biger Bevölkerung — mit Ausnahme Japans — dem Bereich der entwickelten oder reichen Länder zugerechnet werden kann.

Die große wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der Sowjetunion hat in den letzten Jahrzehnten diese Verteilung der Reichtümer nach der Hautfarbe noch weiter unterstrichen und das Gleichgewicht des Reichtums noch weiter verschoben. Die Sowjetunion ist nunmehr seit geraumer Zeit aus dem Zustand eines Entwicklungslandes herausgetreten und schickt sich an, in die Kategorie der reichen Länder einzutreten, wenn es nicht schon dahin gelangt ist. Auch die Sowjetunion ist überwiegend ein Land der Weißen.

Vor kurzem hat der britische Premierminister versucht, diese Unterschiedlichkeit im Reichtum unter geographischem Aspekt zu betrachten. Er wollte vom entwickelten und reichen Norden und vom unterentwickelten Süden sprechen. Wie dem auch sei, dieser Mangel an Gleichgewicht ist eine sehr ernste Ursache der internationalen Spannungen.

Der Konflikt zwischen der Sowjetunion und China, ein Konflikt, der ideologische Elemente, Machtelemente, historische und philosophische Traditionen einschließt, ist ebenfalls in einem gewissen Sinne ein Reflex dieser Ungleichheit zwischen Weißen und Farbigen. Die Sowjetunion und China behaupten beide, kommunistische Länder zu sein; aber während China behauptet, daß sein Typ von Kommunismus für die armen und farbigen Länder am geeignetsten ist, beschuldigt es den russischen Kommunismus, sich in eine Art Kommunismus zu wandeln, der ausschließlich dem Gebrauch und dem Vorteil der reichen Länder dient.

Es ist ein Konflikt, den man nicht überbewerten sollte. Ich sehe weder für uns noch für

unsere Kinder und auch nicht für unsere Enkel die wirkliche Gefahr einer Landung verhungerner Massen der gelben oder schwarzen oder braunen Rasse an den Küsten der westlichen Welt, um uns ihre Herrschaft aufzuzwingen. Das ist eine Ausgeburt der Phantasie. Aber abgesehen davon bleibt der Konflikt zweifelsohne ein bedrohliches Element, und man kann eher eine Verschärfung als einen Ausgleich voraussehen. Während als Folge der Veränderung innerhalb der westlichen Welt der Klassenkampf sich zusehends abschwächt, entwickelt sich vor unseren Augen ein neuer Klassenkampf von weltweitem Ausmaß zwischen weißer, reicher Rasse und farbiger, armer Rasse.

In der ganzen westlichen Welt wird viel von der Notwendigkeit der Entwicklungshilfe gesprochen. Aber man spricht davon, wie man von der Notwendigkeit spricht, brav und tugendhaft zu sein. Woran es mangelt, sind klare Vorstellungen, wie das als notwendig Erkannte in die Tat umgesetzt werden soll und vor allem über das Ausmaß der Mittel, die zur Lösung dieses Problems erforderlich wären. Leider sind die Beziehungen zwischen den armen und reichen Ländern nicht auf dem Weg der Besserung. Wo diese Beziehungen gut oder zumindest annehmbar sind, verdanken wir es Regierungen, die durchaus nicht innerlich gefestigt sind. Es sind Regierungen, die schwach sind, weil sie pro-westlich sind, und pro-westlich, weil sie schwach sind. Wir haben allen Grund zu befürchten, daß sie eines Tages, früher oder später, durch Regierungen ersetzt werden, die uns viel weniger wohl gesonnen sind. Ziehen wir einen Vergleich zwischen dem Zustand der unterentwickelten Welt heute und vor zehn Jahren: wieviele Freunde, uns wohlgesinnte Regierungen sind für eine vernünftige Koexistenz mit uns gewonnen worden?

Nutzen der Vereinten Nationen

Was haben wir diesem Zustand der Spannung, des Streites, der mangelnden Versöhnung entgegenstellen? Die Vereinten Nationen? Die Vereinten Nationen sind eine Institution, deren praktischer Nutzen nicht hoch genug eingeschätzt wird. Aber vielleicht handelt es sich um eine etwas andere Nützlichkeit als die, welche man ihr gewöhnlich zuspricht.

In dieser äußerst unstabilen Lage der sogenannten Koexistenz, mit mehr oder weniger latenten Konfliktsherden an allen vier Enden

der Erde, führen Konflikte, gleichgültig wie bedeutend sie sind und wie sie entstanden sein mögen, letztlich unvermeidlich dazu, daß die zwei Weltmächte hineingezogen werden und daß ihr Prestige berührt wird.

Wenn das Prestige zweier Völker auf dem Spiel steht, wenn Nachgeben das Gesicht verlieren heißt, dann ist die Lage äußerst ernst. Die Vereinten Nationen sind wahrscheinlich die einzige Institution, die einen Ausweg aus dieser Sackgasse bietet. Wenn einmal ein

Problem vor die Vereinten Nationen gebracht worden ist, vor den Sicherheitsrat oder vor die Vollversammlung oder vor eine ad hoc-Kommission, dann gelingt es mit Sicherheit und in aller Kürze, eine derartige Verwirrung hervorzurufen, daß niemand mehr imstande ist zu verstehen, wer recht hat und wer unrecht oder wer wem nachgibt — mit einem Wort, die Situation ist ideal, um jeder Prestigefrage auszuweichen.

Für so schwere Probleme wie die Blockade von Berlin oder der Korea-Krieg waren die Vereinten Nationen das ideale Terrain zur Vermeidung des endgültigen Bruches. Sie können

ein guter Blitzableiter sein, aber viel mehr als dies kann man nicht von ihnen verlangen.

Zur Bewahrung des Friedens, wenn es auch nur ein unsicherer Frieden ohne Krieg ist, hat die Koexistenz entschieden einen positiven Beitrag geleistet und leistet ihn noch. Aber auch die Koexistenz hat Probleme und schafft neue Probleme. Was die hier zur Debatte stehenden Fragen betrifft, dürfen wir uns nicht damit begnügen, daß sie die brutale Konfrontation der zwei Blöcke beruhigt, aber damit eine beweglichere Lage geschaffen hat, die die Gefahr in sich birgt, manches wieder zweifelhaft erscheinen zu lassen, was schon als gewonnen betrachtet worden ist.

Die amerikanische Führungsrolle ist ein Faktum

Die Atlantische Gemeinschaft unterscheidet sich von früheren Bündnissen dadurch, daß sie ein neues und wichtiges Element in sich trägt: die Integration. Ich möchte aber hinzufügen, daß ein anderes wesentliches Element der Atlantischen Gemeinschaft die Bereitschaft zur Annahme der amerikanischen Führungsrolle ist. Die amerikanische Führungsrolle ist nicht durch eine Wahl oder einen Zwang zustande gekommen, sie ist einfach eine Tatsache. Die Vereinigten Staaten geben für ihre Rüstungen jährlich 240 Milliarden DM aus; das europäische Land mit den höchsten Rüstungsausgaben, Großbritannien, bringt es auf 22 Milliarden DM. Alle europäischen Staaten, die Mitglieder der Atlantischen Gemeinschaft sind, bringen zusammen nicht ein Viertel der Ausgaben der Vereinigten Staaten auf, und das Europa der Sechs nicht einmal ein Sechstel. Es sind diese Tatsachen und nicht der politische Wille oder das politische Handeln

auf der einen oder anderen Seite des Atlantik, die die amerikanische Führungsrolle bedingen.

Solange die sowjetische militärische Gefahr wie eine unmittelbare Drohung auf unseren Schultern lastete, solange der Kalte Krieg eine schwer zu leugnende Realität war oder schien, hat niemand ernstlich die Integration oder die amerikanische Führung in Frage gestellt. In dem Augenblick, in dem die Gefahr nicht mehr so unmittelbar drohend erschien, hat sich der innere Zusammenhalt der Atlantischen Gemeinschaft gelockert; amerikanische Führungsrolle und Integration sind zur Diskussion gestellt. Die Argumente dafür oder dagegen mögen richtig oder falsch sein, politische Realität bleibt jedoch, daß es ohne amerikanische Führung und ohne Integration keine Atlantische Gemeinschaft gibt.

Ein geeintes Europa beruht auf der Gleichberechtigung aller

Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet schreitet der Gemeinsame Markt ziemlich gut vorwärts und es spricht ernsthaft nichts dafür, daß er sich nicht weiter entwickeln wird. Man kann hier nicht von einem irreversiblen Prozeß sprechen. Die Geschichte lehrt, daß nichts irreversibel ist. Der Gemeinsame Markt ist aber konkrete Wirklichkeit. Dies gilt insoweit, als der Gemeinsame Markt als Zollunion verstanden wird. Nun ist die Zollunion gewiß wichtig. Sie kann

der Ausgangspunkt für vieles andere sein. Aber die Zollunion löst keine politischen Probleme und Konflikte. Als man für Europa den Weg des Gemeinsamen Marktes wählte, dachte man an den „Deutschen Zollverein“. Der „Zollverein“ ist gewiß ein Ausgangspunkt für den Zusammenschluß Deutschlands gewesen. Man sollte dabei aber nicht vergessen, daß 1866 deutsche Staaten, die alle Mitglieder des „Zollvereins“ waren, bedenkenlos Krieg gegeneinander führten.

Wenn man aber an eine echte und vollständige wirtschaftliche Integration denkt, dann erscheint der Weg allerdings länger und mühsamer; es ist möglich, daß wir das Ziel erreichen, aber es ist auch möglich, daß man über gewisse Grenzen nicht hinwegkommt.

Was nun die Frage der politischen Einigung betrifft, so sind wir noch sehr weit entfernt vom Ziel. Ein geeintes Europa hat zur Voraussetzung, daß nicht eines oder zwei seiner Mitglieder nach der Vorherrschaft streben. Ebenso hat es ein gehöriges Quantum gegenseitigen guten Willens und gegenseitiger Bereitschaft zu Konzessionen und Kompromissen zur Voraussetzung. Besteht dieser Wille tatsächlich? Die Frage der Fusion der europäischen Exekutiven ist eine Lappalie, deren Wert mehr psychologisch als substantiell ist. Wie dem auch sei, da die Psychologie ihre Wichtigkeit hat, ist es doch ein Schritt vorwärts auf dem guten Weg. Nun kommt man aber auf dem Weg der Fusion der Exekutiven nicht recht voran, weil ein Land es ablehnt, auf die wirtschaftlichen Vorteile zu verzichten, die es als Sitz der drei Gemeinschaften genießt, und ein anderes Land es ablehnt, Sitz des Europäischen Parlamentes zu sein. Alles sehr verständliche Reaktionen; aber was bedeuten sie weiter, als daß wir von einem wirklich europäischen Geist noch weit entfernt sind. Dies ist ein Beispiel, das harmlos ist; es gibt allerdings viele andere, die weit schwerwiegender sind.

Überwindung des Nationalismus

Die europäische und die atlantische Politik mit allen ihren Folgen gehen von einer einzigen Voraussetzung aus: die Überwindung des Nationalismus, an dem das Europa von 1914 zugrunde ging. Wenn man diesen Nationalismus überwindet, dann ist jeder Entwicklung in Europa die Tür geöffnet: Versöhnung, Integration, wirtschaftliche Einigung, politische Einigung. Wenn es aber nicht gelingt, ihn zu überwinden, wenn er im Gegenteil einen neuen Impuls erhält, aus welchen Gründen auch immer, dann wird das ganze Werk der Versöhnung, dann werden die bisher auf allen Gebieten erreichten Erfolge in Frage gestellt. Die zerstörende Wirkung des Neo-Nationalismus wird nicht durch verschwommene Floskeln eingedämmt werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Werk der internationalen Verständigung,

Aber das ist nicht alles. Der Gemeinsame Markt ist nicht ganz Europa. Er umfaßt nur einen Teil Westeuropas. Es sollen hier nicht die Gründe analysiert werden, warum sich der Gemeinsame Markt auf sechs Länder beschränkt; Tatsache ist, daß er nur sechs Länder umfaßt.

Ich fürchte, die Sechs machen den Fehler, die EFTA zu unterschätzen. Die EFTA hat sich Ziele gesteckt, die weit weniger ehrgeizig sind als die des Gemeinsamen Marktes. Es könnte jedoch sein, daß eben diese relative Bescheidenheit der Ziele ihre Erfüllung erleichtert. Jedenfalls ist auch die EFTA auf dem Weg, eine Realität zu werden. Wenn der Gemeinsame Markt nur eine echte Zollunion wird und die EFTA nur eine Freihandelszone, dann haben wir quer durch Europa eine wirtschaftliche Trennungslinie gezogen, die sich unvermeidlich zu einer politischen Trennungslinie ausweiten wird.

Vor einiger Zeit sagte mir ein englischer Minister, daß vielleicht eines Tages ein Besuch des Generalsekretärs der EFTA bei der Kommission des Gemeinsamen Marktes ein historisches Ereignis genannt werden wird, ebenso wie der Besuch des Erzbischofs von Canterbury beim Papst als ein historisches Ereignis galt. Diese Behauptung ist zweifellos paradox, aber sie enthält, wie alle Paradoxien, ein Körnchen Wahrheit.

an der so viele hervorragende Persönlichkeiten in den letzten Jahren leidenschaftlich gearbeitet haben, greifbare und vielversprechende Erfolge in Europa erzielt hat. Das gilt auch, wenn das, was in Europa getan wurde, noch ein sehr zartes Pflänzchen ist, das noch außerordentlich sorgfältiger Pflege und viel Zartgefühls bedarf, damit es leben und sich entwickeln kann.

Für die übrige Welt ist das nicht vielversprechend, und die Aussichten für die Zukunft sind nicht die rosigsten. Leider scheint die außer-europäische Welt nur eines gründlich von uns gelernt zu haben: den Nationalismus; und zwar den Nationalismus in seiner verderblichsten Form, der Europa Millionen über Millionen Toter gekostet und politisch zu einem tiefen Sturz geführt hat.

Das alles klingt nicht sehr optimistisch. Aber ich fürchte, es ist die Wahrheit, und wir alle haben es nötig, der Wirklichkeit ins Auge zu blicken. Außenpolitik stützt sich auf Tatsachen. Es gibt keine gute Außenpolitik außerhalb der Realität. Man muß die Realität nur erkennen und akzeptieren, auch wenn sie unseren Wünschen und Hoffnungen nicht entspricht.

Wir müssen für die internationale Verständigung arbeiten und dürfen dafür keine Mühe scheuen, weil nur so der Frieden gesichert werden kann. Kommt sie nicht zustande, so bedeutet das Krieg.

Diese Aufgabe ist sehr schwierig. Es ist der Versuch, in den internationalen Beziehungen die Vernunft, den gesunden Menschenverstand über das Irrationale die Oberhand gewinnen zu lassen. Wenn wir die Geschichte der Menschheit betrachten, sehen wir leider, daß die Fälle, in denen die Vernunft gesiegt hat, sehr selten sind. Das Irrationale hat sich oft als stärker und anziehender erwiesen als die Vernunft. Die Geschichte der Menschheit ist viel mehr die Geschichte der menschlichen Torheit als die Geschichte der menschlichen Weisheit.